

Zusammenkunft mit den Gerichten

Restaurant Zum Goldenen Schäfli, 5. November 2013

Sehr geehrte Frau Kantonsgerichtspräsidentin

Sehr geehrter Herr Verwaltungsgerichtspräsident

Geschätzte aktive und ehemalige Vertreterinnen und Vertreter der Justiz

Geschätzte ehemalige Mitglieder der Regierung

Liebe Kolleginnen und Kollegen

In Vertretung des leider erkrankten Regierungspräsidenten Stefan Kölliker darf ich Sie zum jährlichen Treffen der Regierung mit der Justiz begrüßen. Ich freue mich, dass wir diese schöne Tradition weiterführen dürfen. Zur Tradition dieses Treffens passt auch der Rahmen hier in einem "traditionellen" Erststockbeizli. Und ich glaube auch, dass der vorgängige Besuch in der Kathedrale ganz gut in den Rahmen passte. Allerdings bitte ich die Angehörigen der Justiz nicht zu weit zu denken. Mit dem Besuch der Kathedrale ging es uns einzig darum, einen *Augenschein* des neuen Altars zu nehmen. Augenscheine sind Sie sich ja gewohnt, insbesondere natürlich die Mitglieder des Verwaltungsgerichtes. Die Regierungsmitglieder eher weniger.

Meine Regierungskollegen haben mich heute Morgen an der Regierungssitzung ausdrücklich gebeten, den Grund des Besuchs der Kathedrale deutlich herauszustreichen und zu betonen, dass der neue Altar Grund des Besuchs war. Nicht, dass Sie auf die Idee kommen, wir seien auf der Suche nach dem "Heiligen Geist". Niemals würden meine Kollegen und ich den Angehörigen der Justiz unterstellen, mehr Geist – ob heilig oder nicht – täte gut. Schliesslich haben die Richter bzw. die Gerichte, zumindest die obersten, immer recht.

Ich muss es zugeben, damit tut sich die Regierung gelegentlich schwer. Es ist dann immerhin tröstlich, wenn wir uns – wie beim kürzlichen Entscheid der sozialrechtlichen Abteilung des Bundesgerichtes i.S. Wiederwahl der Mitglieder der Verwaltungskommission der SVA – mit unserem Staunen in guter Gesellschaft des st.gallischen Verwaltungsgerichtes befinden.

Solche Urteile oder auch die Aufforderung des Verwaltungsgerichtes, endlich für die Durchsetzung der richterlichen Abbruchverfügungen in den Gemeinden zu sorgen, bringen die Regierung in Kontakt mit den Richterinnen und Richtern. Sonst haben wir im Ar-

beitsalltag wenig miteinander zu tun. Und anders als im südlichen Nachbarland hält sich die Regierung mit Kritik an Urteilen und Richtern zurück. Sogar bei den Sparpaketen hält sie sich bei den Gerichten zurück und überlässt es dies dem Kantonsrat und der Finanzkommission, die Gerichte zu Sparmassnahmen anzuhalten. Und diese sind sehr milde gegenüber der Justiz und glauben es der Kantonsgerichtspräsidentin und dem Verwaltungsgerichtspräsidenten genauso wie noch deren Vorgängern vorbehaltlos, dass bei den Gerichten nichts mehr zu holen ist. Und dies stimmt ja auch – mehr oder weniger.

Seit einigen Jahren muss die Regierung jede Amtsdauer ein Regierungsprogramm bzw. neuerdings eine Schwerpunktplanung machen. Ich erinnere mich an die Aussage eines früheren Bildungschefs, der heute anwesend ist, aber nicht Ernst Rüesch heisst, der einmal gesagt hat: *"Wer en Plan zum Regiere bruucht, isch selber z'schold."*

Wie auch immer, wir müssen nun eine solche Planung machen und haben die Schwerpunktplanung 2013-2017 unter die Vision "Vielfalt als Stärke" gestellt. Diese Vision ist zwar nicht auf die Justiz gemünzt, passt aber ganz gut zu unserem Treffen. Schliesslich sind Organisation, Aufgaben und Tätigkeiten von Judikative und Exekutive sehr verschieden und in sich vielfältig. Diese Vielfalt zeigt sich auch an den Anwesenden, umso mehr als an diesem Anlass auch die ehemaligen Amtsträger dabei sind. Während sich die Aktiven mehr über die aktuellen Herausforderungen als Richter oder Richterin bzw. als Regierungsrat oder Regierungsrätin austauschen, haben die Ehemaligen unter uns mehr den Blick dafür, wie sich Politik und Gesetzgebung über die Jahre verändert haben.

Lassen Sie mich diesen Aspekt der *Veränderung* etwas genauer beleuchten: Veränderung umgibt uns überall. Am Beispiel des Altarraums in der Kathedrale wird dies deutlich. Veränderung ist aber mehr, sie ist letztlich die Ursache von Vielfalt. Und Vielfalt ist bekanntlich unsere Stärke. Dies gilt für die Justiz wohl ebenso wie für die Regierung bzw. die Politik. Beide sind immer wieder Veränderungen ausgesetzt. Die Politik unterliegt dem Nerv der Zeit und zwingt gleichzeitig der Justiz ihrerseits Veränderungen auf, z.B. bei der noch immer pendenten Justizreform.

Aber trotz aller Veränderungen haben Regierung und Justiz einen ziemlich konstanten Auftrag. Vielleicht gilt dies für die Judikative fast noch mehr als für die Exekutive. Ihr Auftrag ist es seit eh und je, gebunden an Recht und Gesetz *unabhängig* Recht zu sprechen. Das Prinzip der Unabhängigkeit, aber auch der Konstanz in der Rechtsprechung

wird durch die Justitia personifiziert. Als Symbol der Justiz veranschaulicht sie dieses Prinzip sehr gut. Allerdings habe ich mich auch schon gefragt, warum die Justitia als Jungfrau mit Augenbinde dargestellt wird. Wenn man sich um die Bedeutung dieses Symbols nicht weiter kümmert, könnte der Verdacht aufkommen, da seien Blinde am Werk. Wobei ich mit diesem Vergleich den Blinden nicht zu nahe treten will.

Wenn ich aber so in die Runde der Richterinnen und Richter schaue, dann wird dieser Verdacht sofort ausgeräumt und ich habe "blindes Vertrauen", dass Sie, verehrte Richterinnen und Richter, das Recht stets ohne Ansehen der Person, nach sorgfältiger Abwägung der Sach- und Rechtslage sprechen und schliesslich mit der nötigen Härte durchsetzen – oder zumindest dem Baudepartement schreiben, es solle jetzt endlich dafür sorgen, dass die widerrechtlich erstellte Baute in Engelburg abgebrochen und das Baumhaus in St.Gallen zurückgebaut werde

Sie spüren es: Ich glaube an das Recht, in der Regel auch an die Gerechtigkeit, mehr jedenfalls als Dürrenmatt. Er sagt im Roman "Justiz" (Zitat): *"Die Gerechtigkeit wohnt in einer Etage, zu der die Justiz keinen Zutritt hat."* Im Unterschied zu Dürrenmatt zweifle ich nicht daran, dass sich die Justiz um Gerechtigkeit bemüht. Ich stimme aber ebenso Markus Felber (NZZ am Sonntag, Okt. 2013) zu, nach dessen Auffassung Rechtsprechung nicht einfach Richtigsprechung ist.

Ich frage mich deshalb, welche Möglichkeiten die Justiz hat, Gerechtigkeit zu definieren. Die Regierung kann dies wohl noch viel weniger. Zwar muss sie wie die Justiz das geltende Recht anwenden und dabei Gleiches nach Massgabe der Gleichheit gleich behandeln. Gleichzeitig ist es auch ihre Aufgabe, die "vox populi" einzufangen und daraus die Gesetzesvorlagen zu formulieren. Oder darf sich die Regierung eben gerade nicht demagogisch verführen lassen? Eine interessante Frage. Gilt sie auch für die Justiz, zum Beispiel bezüglich des als gerecht empfunden Strafmasses? Spielt da die "vox populi" auch mit?

Wenn Sexualstraftäter heute eine mehrjährige Gefängnisstrafe erhalten, so wird dies als gerecht empfunden. Vor 30 Jahren war das Strafmass für solche Delikte geringer. Kleinkriminalität wurde hingegen oftmals strenger geahndet als heute. Solche Änderungen werden vom Gerechtigkeitsverständnis der Bevölkerung gesteuert. Denken Sie an die Verwahrungsinitiative. Öffentliches Denken und gesellschaftliches Empfinden führen zu Veränderungen, nicht nur in der Politik, auch in der Rechtsprechung. Und: Einzelfälle

oder Missstände können Vorstösse mehrheitsfähig machen. Das Tötungsdelikt an der Sozialtherapeutin in Genf durch einen wegen Vergewaltigungen verurteilten Täter führt nicht nur zu berechtigter Kritik am entsprechenden Strafvollzug, sondern veranlasst eine Regierungskollegin in der Waadt dazu, einen schweizweit einheitlichen Strafvollzug mit *nationalen* Regelungen zu fordern. In Protestmärschen werden die Kastration von Sexualstraftätern und schnellere Verwahrung gefordert. Anita Chaaban hat bereits zwei neue Volksinitiativen angekündigt. Wie bei der Verwahrungsinitiative könnten diese zu rechtlichen Anpassungen, zu Veränderungen führen.

Häufig, aber längst nicht immer führen Gesetzesänderungen zu Verbesserungen oder Fortschritt. Über andere, wie zum Beispiel bedingte Geldstrafen kann man sich streiten. Nicht zu streiten brauchen wir uns über personelle Änderungen. Sie sind Fakt und haben kürzlich sowohl beim Kantonsgericht als auch beim Verwaltungsgericht stattgefunden. Auf Ende 2012 haben die zwei langjährigen Richter Luzius Eugster und Niklaus Oberholzer das Kantonsgericht verlassen. Schon bei der Zusammenkunft im letzten Jahr durfte ich ihr langjähriges kompetentes Wirken beim Kantonsgericht würdigen. Der Eine trat in den Ruhestand, der Andere wurde ins Bundesgericht gewählt, womit wir nun über zwei hervorragende Magistraten am Bundesgericht verfügen. Die beiden neu gewählten Kantonsrichter Jürg Diggelmann und Ivo Kuster haben ihr Amt auf Anfang 2013 angetreten. Seither ist Ivo Kuster zudem Präsident der Anklagekammer. Als Kantonsgerichtspräsidentin amtiert neu Beatrice Uffer-Tobler. Ich hoffe, Sie alle haben sich gut in ihr neues Amt eingelebt und ich wünsche Ihnen im Namen der Regierung alles Gute bei Ihrer Arbeit.

Ebenfalls vor einem Jahr musste ich Ulrich Cavelti als langjährigen Präsidenten des Verwaltungsgerichtes verabschieden. Seinem Nachfolger, Beda Eugster, wünsche ich ebenfalls viel Erfolg bei seiner Tätigkeit für das Verwaltungsgericht. Zusammen mit allen Richterkolleginnen und -kollegen wird er dauernd gewissen Veränderungen ausgesetzt sein, und sei es nur die Besoldungsordnung für die Magistratspersonen. Diese wollen wir im Zusammenhang mit der Neuregelung der St.Galler Pensionskasse einer Änderung zuführen. So sollen Magistraten bei vorzeitigem Rücktritt nach mindestens drei Amtsdauern oder bei Nichtwiederwahl unter gewissen Voraussetzungen zwar weiterhin ein Ruhegehalt von 50 % des bisherigen Lohns beanspruchen können, aber längstens bis zum 65. Altersjahr. Danach wird das Ruhegehalt durch eine Altersrente abgelöst, die wie beim übrigen Staatspersonal nach dem angesparten Altersguthaben bemessen wird und demzufolge auch kleiner sein kann als das Ruhegehalt. Zudem wird die Austrittsleistung

bei vorzeitigem Austritt aus dem Staatsdienst gegenüber heute deutlich reduziert. Die Finanzkommission wird morgen über die Vorlage beraten. Die Verordnung ist genehmigungspflichtig; der Kantonsrat wird sie in der Novembersession beraten.

Ich habe es gesagt: Nicht jede Veränderungen führt zu einer Verbesserung, häufig aber zumindest zu Diskussionen und Austausch. Dafür haben wir heute noch ausreichend Gelegenheit. In diesem Sinn danke ich Ihnen, dass Sie der Einladung der Regierung gefolgt sind. Ich wünsche uns allen noch einen geselligen Abend mit vielen interessanten Gesprächen über Veränderungen und Gleichgebliebenes aus vergangenen Zeiten.

Martin Gehrer